

Arbeitszeit und Produktivität*

Zu den 1959 erschienenen ersten beiden Bänden über „Branchen- und betriebswirtschaftliche Untersuchungen“ und „Ganztägige Arbeitsablaufuntersuchungen an 200 Arbeitsplätzen“ tritt als Band 3 der Forschungsreihe die Studie über die Einstellung der Arbeitnehmer zur Arbeitszeitverkürzung und zum Leistungsausgleich. Damit wird zum ersten Mal mittels empirisch-soziologischer Methoden gewonnenes Material zu dem Problem Arbeitszeit und Arbeitsleistung aus der Sicht der betroffenen Menschen vorgelegt. Vertritt man den Standpunkt, daß die Wirtschaft um des Menschen willen da ist, so wird man den Wert der Untersuchung besonders hoch einschätzen, die sich mit einem Aspekt des Produktivitätsproblems, der Einwirkung auf das „Arbeitsleben“, beschäftigt.

Die ersten 50 Seiten befassen sich mit dem Untersuchungsverfahren und der Sozialstruktur der Betriebe und der Befragten. Im Rückgriff auf das für Band 1 ausgewertete Material wurden 10 Betriebe ausgewählt, denen ein hoher Repräsentationsgrad zukommt, so daß für Betriebe gleicher Größenklassen (großer Mittelbetrieb mit 500 bis 1500 Arbeitnehmern) und Branchen (Maschinen- und Büromaschinenbau, Metall-, Elektro- und Textilindustrie, Bekleidung, Keramik) parallele Schlußfolgerungen zulässig sind.

Die Untersuchung bestätigt die Vermutung, daß die große Mehrheit der Arbeitnehmerschaft die Fünf-Tage-Woche mit freiem Samstag anderen Verteilungsmöglichkeiten der 45 wöchentlichen Arbeitsstunden vorzieht und daß diese Regelung auch ihre produktiven Seiten hat. Jedenfalls ist in Betrieben, die Samstagsarbeit beibehalten haben, der Anteil der „toten Zeit“ äußerst hoch und der produktive Effekt dementsprechend gering (S. 102). Wegen der langen Arbeitsdauer von 9 Stunden an den 5 Wochentagen, die dem Ideal des Acht-Stunden-Tages fernsteht, rechnet die Studie, nicht zuletzt auf Grund von Aussagen der Betriebsleitungen, mit einem Abklingen mancher Reibungen durch den Übergang zur 42^{1/2}- bzw. 40-Stunden-Woche (S. 121). In welche Schwierigkeiten vor allem der Zwei-Schich-

* Untersuchungsergebnisse wissenschaftlicher Forschungsinstitute:

3. Band: Betriebssoziologische Untersuchungen.

(Durchgeführt von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster.) Sachbearbeiter: Otto Neuloh. Berlin 1962. Duncker & Humblot. 133 S.

4. Band: Volkswirtschaftliche Untersuchungen.

(Durchgeführt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.) Sachbearbeiter: Rolf Kregel. Berlin 1962. Duncker & Humblot. 83 S.

ten-Betrieb durch den Übergang zur neunstündigen Arbeitszeit geraten ist, wird ausführlich dargestellt (S. 56).

Im allgemeinen nahmen die Unternehmungen Rationalisierungsmaßnahmen vorweg, als sie mit einer Verkürzung der Arbeitszeit rechnen mußten. Sie führen den Ausgleichserfolg „nicht auf die technische, sondern auf die persönliche Leistung der Mitarbeiter“ zurück (S. 94). In diesem Zusammenhang weist die Arbeit auf die Steigerung der Arbeitsintensität hin, die im Zuge der Arbeitszeitverkürzung erfolgte. Weil die Beanspruchung der Menschen — von Ausnahmen abgesehen — kaum noch gesteigert werden kann, müssen die Leistungsreserven, die in ungenügender Organisation liegen, mobilisiert werden. Es ist erstaunlich, daß trotz des starken Aufschwunges von Betriebswirtschaftslehre und Betriebswissenschaft in den letzten Jahrzehnten und der Unzahl tätiger Diplom-Kaufleute die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung nur wenig bekannt sind. In den meisten Betrieben fehlen Organisationspläne und werden als unzumutbar betrachtet (S. 83—84, 108 ff.). Initiative zur technischen Vervollkommnung ist weitgehend vorhanden, jedoch mangelt es an Willen zur organisatorischen Verbesserung.

Bedauerlicherweise erstreckt sich die Untersuchung nicht auf Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Angesichts der Tatsache, daß eine Diskussion um die Ladenschlußzeiten erneut in Gang kommt, wäre eine genaue Berichterstattung über die Arbeitszeitsituation in dieser Branche und das Leitbild, das der Produktionssektor auf sie ausstrahlt, äußerst aufschlußreich und könnte dazu beitragen, die auflebende Debatte um wissenschaftlich untermauerte Argumente zu bereichern.

Wenn auch Verbesserungsvorschläge im Detail fehlen — sie liegen wohl ebenso wie das Freizeitproblem, dem eine eigene Studie vorbehalten ist, außerhalb des Zieles der Arbeit —, so wird doch die Marschroute für die Arbeitszeitverkürzung eindeutig aufgezeigt. Die Gediegenheit des 3. Bandes liegt nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit einer Fülle von Randproblemen: Die Bedeutung der Jugenderlebnisse der Arbeiter (S. 33), die Selbsthaftigkeit auf dem Land und in den Großstädten (S. 40), die Unkenntnisbereiche und Vorurteile der öffentlichen Meinung (S. 67), die führende Rolle der Gewerkschaften (S. 96), die zweckmäßige Pauseneinteilung (S. 103), das Verhältnis von Ferien und Arbeitszeit (S. 116), die Feiertagsreform (S. 117) und die Steigerung des Selbstbewußtseins der Arbeiter durch Selbstbestimmung des Arbeitstempos (S. 133). Die an verschiedenen Stellen der Arbeit mitgeteilten Äußerungen von Arbeitnehmern zeugen im allgemeinen von einem gesunden und sachlichen Urteil und sind meistens affektfrei.

Auf S. 45, ob. Absatz, sind in den letzten beiden Sätzen zwei Druckzeilen vertauscht. — Auf S. 82, 2. Abs. 2. Zeile von oben muß es heißen Bündelsystem (statt Bündessystem). — Auf S. 99 ist der Ne-

bensatz „... daß bei den Frauen...“ wohl infolge eines Setzfehlers kaum verständlich (Zeile 24/25 von oben).

Der 4. Band beschäftigt sich mit den volkswirtschaftlichen Aspekten des Problemkreises und bringt zu den zahlreichen Übersichten über die Entwicklung von Sozialprodukt, Beschäftigung, Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität usw. und der Berechnung der Zuwachsraten im Beobachtungszeitraum (1950—60) knappe Kommentare und Schlußfolgerungen.

Krengels Hauptthese besteht darin, daß die Arbeitszeitverkürzungen in den Jahren 1956/58 in eine Periode konjunktureller Abschwächung fielen und sich darum im Sinn einer antizyklischen Maßnahme positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkten (S. 56, 70). Dementsprechend gipfeln seine Vorschläge darin, mit Arbeitszeitverkürzungen während der Hochkonjunktur zurückzuhalten und sie während des Konjunkturrückganges als Mittel der Wiederbelebung einzusetzen (S. 83). Diese Ausführungen dürften durchaus in das Konzept des Auftraggebers, des Bundesministers für Wirtschaft, passen, der allerdings in einer Vorbemerkung sich von anderen Schlußfolgerungen des Bearbeiters energisch distanziert. Krengels Behauptung, daß „die bei uns so oft beschworene säkulare Inflation vielleicht mehr ein statistischer Trugschluß als ein unausweichliches Schicksal ist“ (S. 66), kann nicht dadurch den Wahrheitsbeweis antreten, daß man auf die starre Gewichtung der Preise im Basisjahr hinweist, die einen Preisrückgang der Güter mit höherem Verbrauch nur unvollkommen wiedergibt. Die zum Beleg angeführte Arbeit von Hans Kellerer „Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben“ (Hamburg 1960) bringt zumindest Beispiele für die Geringfügigkeit der Abweichungen: Preissteigerung von 29 % bei starrer, von 26 % bei variabler, den tatsächlich abgesetzten Mengen entsprechender Gewichtung (S. 81 bei Kellerer). Ohne die absolute Genauigkeit unserer Preisindizes behaupten zu wollen, darf man doch aber eine ausreichende Verlässlichkeit annehmen. Zwar ist ferner zutreffend, daß Qualitätsverbesserungen im Index nicht zum Ausdruck kommen, das gleiche aber gilt für Verschlechterungen: Manche hochgepriesene technische Neuerung dient dem schönen Schein, modischen Chic oder einer vermeintlichen Bequemlichkeit und wird mit verdienter Solidität und Lebensdauer des Erzeugnisses aufgewogen. Auch die häufige Verminderung von Füllgewichten bei gleichbleibender Größe der Packung wäre hier zu nennen. — Erfreulicherweise weist der Bearbeiter auch auf die preissteigernden Wirkungen eines lange Zeit „immer unrealistischer werdenden Wechselkurses“ hin; fügen wir hinzu, daß gleiches von der protektionistischen Zollpolitik zu gelten hat (S. 79).

Dem Bundesminister für Wirtschaft ist beizupflichten, wenn er von den Arbeitszeitverkürzungen in der Industrie, die durch verstärkten Kapitaleinsatz aufzufangen werden, unangenehme Rückwirkungen auf weniger kapitalintensive Bereiche der Wirtschaft fürchtet. Krengel sieht zwar dieses Problem, geht aber über die Feststellung nicht hin-

aus, daß Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht von der Produktivität der betreffenden Branche abhängig gemacht werden können, und spricht sich für eine Angleichung in den nachhinkenden Bereichen aus (S. 82). Hier wäre es sinnvoll, zwischen Real- und Nominaleinkommen zu unterscheiden. Geht der Einkommenszuwachs über die Produktivitätserhöhung hinaus, so ist ein Zurückbleiben der Realeinkommen die notwendige Folge (zu S. 65). Eine gewisse Inkonsequenz liegt darin, wenn Krengel eine engere Bindung zwischen Preis- und Produktivitätsentwicklung bei Landwirtschaft und Bergbau befürwortet (S. 64). Wenn die Produktivitätsentwicklung für Löhne und Arbeitszeit keine Grenze bilden soll, so wird man sie schwerlich als Maßstab zur Preisbegrenzung einführen können. Als wichtigstes Ergebnis wird in den „Grundlagen der Untersuchung“ herausgestellt, „daß der das Wachstum entscheidend limitierende Produktionsfaktor nicht die Arbeit, sondern das Kapital ist . . .“ (S. 41, 53—54). Man wird diese Feststellung auf kapitalintensive und rationalisierbare Bereiche einschränken und zugleich darauf hinweisen müssen daß durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte eine von den deutschen Arbeitsmärkten ausgehende Wachstumsbegrenzung bisher hinausgeschoben werden konnte. Trotzdem begrenzt aber schon seit Jahren der Mangel an Bauarbeitern eine noch stärkere Ausweitung des Bausektors. Wenn Krengel schließlich die Möglichkeit andeutet „daß mit steigendem Wohlstand einmal besonders viele Investitionen notwendig werden, deren meßbarer Kapazitätseffekt klein ist — etwa noch mehr Schulen, Krankenhäuser, Straßen und dergleichen —“ (S. 76, Fußn. 37), ein solches Bedürfnis für den Augenblick aber noch nicht anerkennt, so ist gerade angesichts der Misere auf den deutschen Straßen, des Schichtunterrichts in unseren Schulen, der nicht ausgebauten Landschulen und der überfüllten Hörsäle zu fragen, ob nicht die Sozialpolitiker recht haben, die nach vermehrten „Sozialinvestitionen“ rufen und ihr relatives Zurückbleiben hinter dem übrigen Wachstum als besorgniserregend konstatieren. Antriebe für wirtschaftliches Wachstum dürften auch von einer Ausdehnung der Sozialinvestitionen ausgehen und nicht allein von Arbeitszeitverkürzungen. Die äußerst exakte und straffe Darstellung verdient Anerkennung. Gewisse Einseitigkeiten fordern zum Widerspruch heraus. Eine stärkere Ausrichtung auf gesamtwirtschaftliche Auswirkungen wäre wünschenswert gewesen, lag wohl aber nicht im Auftrag als Ziel beschlossen.

Die Schlußfolgerungen im letzten Absatz auf S. 61 stehen hinsichtlich Landwirtschaft und Wohnungswirtschaft in eindeutigen Widerspruch zur Übersicht 19 auf S. 64. — Der 1. Satz im 3. Absatz auf S. 72 ist — wahrscheinlich infolge einer fehlenden Druckzeile — unverständlich. — Auf S. 74 (Mitte) muß es heißen: „die Chancen zur verstärkten Anwendung des technischen Fortschritts *liegen* (fehlt im Text) in der möglichen Steigerung der Kapitalintensität“.

Rochus Castner, Nürnberg